



HELSINKI +50



## **Aufruf zur Erneuerung des Engagements:**

### **Versprechen von Helsinki zu geschlechtersensiblen Parlamenten in der OSZE-Region**

Wir Parlamentsabgeordnete aus der gesamten OSZE-Region, zusammengekommen in Helsinki, Finnland, am 3. und 4. Juni 2025 für die Arbeitstagung „Geschlechtergleichstellung in Parlamenten und durch diese erzielen“ zur Überprüfung des Fortschrittes hin zu geschlechtersensiblen Parlamenten, bestätigen und erkennen das Folgende an:

- Nationale Parlamente sind als grundlegende Institutionen der Demokratie in einer einzigartigen Position, um für den Fortschritt und das vollständige Erzielen der Geschlechtergleichstellung in der Politik sowie in anderen Sphären des öffentlichen und privaten Lebens einzutreten. Diese vitale Rolle der Parlamente wurde in internationalen Vereinbarungen und Engagements fest verankert, so auch bei der Pekinger Aktionsplattform von 1995, die dieses Jahr ihren 30. Jahrestag feiert, und dem OSZE-Aktionsplan zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern von 2004 (Beschluss Nr. 14/04), deren Prinzipien weiterhin unsere Bemühungen leiten.
- Das Konzept der „geschlechtersensiblen Parlamente“ ist zum umfangreichsten Ausdruck der Verantwortung der Parlamente in Sachen Förderung und Aufrechterhalten der Geschlechtergleichheit geworden. Internationale und interparlamentarische Organisationen haben eine führende Rolle in diesen Anstrengungen eingenommen, indem sie sowohl eine Faktenbasis als auch einen politischen Rahmen für weitere Maßnahmen aufgebaut haben. Die Kigali-Deklaration der Interparlamentarischen Union von 2022 ist eine kraftvolle Erinnerung an den globalen parlamentarischen Einsatz für die Gleichstellung.
- Zahlreiche zwischenstaatliche Instanzen stellen mittlerweile Ressourcen bereit, um Hindernisse für eine vollwertige und wirksame Beteiligung von Frauen an Parlamenten zu beseitigen und um legislativen Organen zu erlauben, Strategien zur Geschlechterparität, zur Geschlechtergleichstellung und zur geschlechtersensiblen Kontrollfunktion der Parlamente umzusetzen.

Über die letzten drei Jahrzehnte haben wir noch nie da gewesene Fortschritte in Sachen Geschlechtergleichheit in Parlamenten erlebt. Die teilnehmenden OSZE-Staaten haben:

- den durchschnittlichen Anteil weiblicher Parlamentarier verdreifacht und erreichen jetzt 31,6 %;
- wegweisende Geschlechtergleichstellungsgesetze verabschiedet, die darauf ausgerichtet sind, geschlechterbasierte Diskrimination zu bekämpfen und die Etablierung der Geschlechtergleichheit in Politikgestaltung und Entscheidungsprozessen zu fördern;
- Ministerien, Verwaltungen und Gremien, die mit der Geschlechtergleichstellung und der Verwirklichung der Frauenrechte beauftragt sind, gestärkt;
- spezielle vorübergehende Maßnahmen – inklusive gesetzlicher Geschlechterquoten und geschlechterbasierter Parteifinanzierung – eingeführt, um die Überrepräsentation von

Männern zu mindern und ein nachhaltiges Geschlechtergleichgewicht in der Politik zu erreichen.

Trotz dieser Bemühungen hat der Fortschritt in der OSZE-Region an Fahrt verloren. Wir beobachten beunruhigende Zeichen des Rückschritts in der Geschlechtergleichstellung einhergehend mit wachsendem Widerstand dagegen und zunehmender Gegenmobilisation. Heute mehr denn je ist die Entwicklung geschlechtersensibler Parlamente essenziell, um diesen negativen Tendenzen entgegenzuwirken.

Angesichts dessen rufen wir Parlamentsabgeordnete aus der gesamten OSZE-Region zu einem erneuten Engagement für den globalen Plan für geschlechtersensible Parlamente und für die Geschlechterparität als fortwährende Norm und Führungsgrundsatz auf.

Spezifisch fordern wir die nationalen Parlamente der OSZE-Region auf:

1. ein nationalpolitisches Engagement zum Erreichen der Geschlechterparität im nächsten Jahrzehnt zu beschließen, unterstützt durch eine messbare und realistische Plansetzung und Vertretungsziele über die drei nächsten Wahlzyklen;
2. partizipative Geschlechteraudits in jeder Legislatur durchzuführen, um zu beurteilen, wie die Geschlechtergleichheit sich in den verschiedenen parlamentarischen Kernfunktionen etabliert, einschließlich der Volksvertretung, der Gesetzgebung und der parlamentarischen Kontrolle;
3. eine genderparitätisch besetzte Lenkungsgruppe einzurichten, die die Ergebnisse der partizipativen Geschlechteraudits und die Umsetzung der dadurch entstandenen Empfehlungen verfolgt und konkrete und transformative Maßnahmen als Teil parlamentarischer Aktionspläne zur Geschlechtergleichstellung leitet und den institutionellen Transformationsprozess überwacht;
4. gesetzliche Reformen zur Förderung der politischen Teilnahme der Frauen nicht nur in Parlamenten, sondern auch in politischen Parteien, der Exekutive und anderen Vertretungsorganen auf nationaler und subnationaler Ebene einzuleiten;
5. die Geschäftsordnung und sonstige Rahmenregelungen regelmäßig zu überprüfen und zu überarbeiten mit der Zielsetzung, eine gleichgewichtige Vertretung der Geschlechter in allen parlamentarischen Strukturen zu fördern und die Berücksichtigung der Geschlechterdimension in gesetzgebenden sowie in kontrollbezogenen Prozeduren zu verbessern;
6. die Mandate, Ressourcen, Werkzeuge und Kapazitäten der parlamentarischen Ausschüsse und anderer relevanter parlamentarischer Organe zu stärken, so dass die unterschiedlichen Bedürfnisse und Sichtweisen aller Geschlechter mit Hilfe von nach Geschlecht aufgeschlüsselten Daten ihren Weg in die Gesetzgebung und Kontrollfunktion finden;
7. gezielte Programme zur Einbeziehung von mehr männlichen Politikern, einschließlich männlicher Abgeordneter, als Alliierten und Mitwirkenden des Transformationsprozesses zu entwickeln mit dem Ziel, dass diese die Verantwortung für den Fortschritt in Sachen geschlechtergleichstellende Politik und Förderung der Geschlechterparität mit den Frauen teilen;
8. Gewalt gegen Frauen in der Politik als wesentliches Hindernis für deren Teilnahme zu erkennen und ihr vorzubeugen und sie zu bekämpfen durch umfassende und koordinierte politische Maßnahmen, Sanktionen, Forschung, Fortbildungen und Maßnahmen zur Sensibilisierung und Berichterstattung;

9. das Parlament als Arbeitsort anzuerkennen und eine Kultur zu fördern, die die Work-Life-Balance und die Sorgepflichten sowohl der Abgeordneten als auch des Personals unterstützt;
10. sicherzustellen, dass nationale Haushalte im Einklang mit Geschlechtergleichheitsschwerpunkten und internationalen Budgetpraktiken unter Berücksichtigung der Genderdimension ausgearbeitet und umgesetzt werden;
11. Hindernisse für die politische Teilnahme unterrepräsentierter Gruppen, einschließlich junger Menschen, Menschen aus ländlichen Regionen, Menschen mit Beeinträchtigungen und Zugehöriger nationaler und ethnischer Minderheiten, mit einem spezifischen Augenmerk auf die Frauen aus diesen Gruppen, zu erkennen und zu beseitigen, und zwar durch Ermächtigungsinitiativen, die Diversität und Inklusion in der parlamentarischen Vertretung fördern;
12. proaktiv Maßnahmen auszuloten und zu ergreifen zur Bekämpfung und Umkehrung von nationalen und globalen Widerständen gegen Geschlechtergleichheit durch aufmerksame Beobachtung, Kommunikation, Fürsprache und strategische politische Schritte, und fortwährend gegen schädigende Stereotypen und soziale Normen vorzugehen, die eine grundlegende Gleichheit verhindern.

Zusammen müssen wir, so wie es in diesen Versprechen festgehalten ist, Parlamente schaffen, die Gleichheit und Diversität verkörpern, und die Rechte aller Bürgerinnen und Bürger verfechten im Bestreben um eine 50/50-Parität zwischen Frauen und Männern, und darum, dass alle Stimmen, unabhängig von Generation oder Herkunft, gehört werden und vertreten sind.